

## **INFOPERU Nr. 26**

### **Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.**

**03. Februar 2014**

#### **1. Editorial InfoPeru 26**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Unter dem Namen „Freiwillige chirurgische Verhütung“ – AQP“ sind mehr als 300 000 Frauen in Peru zwangssterilisiert worden. Die ISP-Gruppe Berlin hatte sich bereits am 10.12. 2011 im Rahmen des internationalen Menschenrechtstages damit auseinandergesetzt. Nun ist zum ersten Mal vor einem peruanischen Gericht Anklage erhoben worden wegen des tragischen Todes nach einer Zwangssterilisierung. Aber die politischen Hintergründe des menschenverachtenden Programms, welches in den Jahren 1996 bis 2000 in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen des Fujimori-Staates zu massenhaften Eingriffen führte, werden weiterhin wenig beleuchtet und nicht juristisch aufgearbeitet. -

Vor wenigen Monaten wurde bekannt, dass die Konzentration der Medien massiv angestiegen ist, die Gruppe “Comercio” hat ihre Vormachtstellung auf dem peruanischen Zeitungsmarkt von 50% auf 80% ausgebaut. Das heißt, 8 von 10 Tageszeitungen in ganz Peru werden von einer einzigen Mediengruppe herausgegeben. Infoperu hat den peruanischen Medienwissenschaftler Jorge Acevedo nach den Hintergründen dieser Medienkonzentration gefragt. Wir möchten mit ihm immer wieder darauf hinweisen, dass Pluralität und Unabhängigkeit von Medien für unsere Demokratie unabdingbar ist. Auf der ISP-Website ist das volle Interview nachzulesen (<http://www.infostelle-peru.de/web/gefaehrliche-medienkonzentration/>)

Peru wird Ende 2014 Sitz der 20. UNO-Klima-Konferenz (COP) sein. Damit wird verstärkt die Aufmerksamkeit auch auf die sehr klimaverletzliche peruanische Umwelt gelenkt werden. Bereits vor 10 Jahren wurde Peru z.B. von einem englischen Umweltforschungszentrum als eines der gefährdetsten Länder deklariert; Trockenperioden, aber auch sintflutartige Regenfälle, Bergrutsche und Gletscherschmelze sowie natürlich das El-Niño-Phänomen sind allen Peru-KennerInnen bekannt und treten verstärkt und in größerer Heftigkeit auf. Wir wollen uns in diesem Jahr intensiv mit der Problematik des Klimawandels und seine großen Folgen für Peru auseinander setzen und darüber berichten. In dieser Ausgabe des InfoPeru geben Fabian Simeon (Mocicc) und Fabian Drenkhan (Katholische Universität Peru) einen ersten Einblick in die Problematik. – Aufmerksam für den Klimawandel zu sein, bedeutet auch, den unaufhaltsamen Rohstoffabbau in vielen Regionen

Perus weiterhin kritisch zu begleiten, und uns für das Recht der Bevölkerung, sich in diesen Fragen einzubringen, einzusetzen. Nationale sowie internationale Organisationen der Zivilgesellschaft müssen unbehelligt öffentlich in einer globalisierten Welt für Umweltschutz und nachhaltige gerechte Ressourcennutzung eintreten dürfen, ohne in Peru als “radikalisierte Linke vom alten Kontinent” diffamiert zu werden. (So nachzulesen in dem Portal <http://semanaeconomica.com/sectores/conectividad/> ).

Wenn ein ungebremseter Warenfluss über die Kontinente hinweg möglich ist, müssen erst recht Menschen und Ideen sich frei bewegen und austauschen können!

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen InfoPeru wünscht

Mechthild Ebeling

(Vorstandsmitglied der Informationsstelle Peru e.V. )

## **2. Klimawandelkonferenz COP 20 in Lima: Die Zivilgesellschaft macht mobil**

Vom 1. bis 12. Dezember 2014 wird die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (Conference of the parties, COP) in Lima, Peru, stattfinden. Zwischen 12 bis 15'000 Teilnehmer und Beobachter werden in der Hauptstadt Perus erwartet, bereits logistisch gesehen eine gewaltige Herausforderung. Noch wesentlich anspruchsvoller aber ist die Rolle des hier in Peru relativ jungen Umweltministeriums, das die in den letzten Jahren ins Stocken gekommenen internationalen Verhandlungen soweit erleichtern und vorwärtsbringen soll, dass in Paris im Jahr 2015 ein verbindliches und ambitioniertes Folgedokument des Kyoto-Protokolls zur Reduktion von Treibhausgasemissionen unterzeichnet wird.

Peru ist als Teil der tropischen Anden, eine der artenreichsten Regionen der Erde, eines der am meist betroffenen Länder des von den Industrienationen verursachten Klimawandels. Ein Grossteil der peruanischen Bevölkerung “über”lebt in der trockenen und wüstenartigen Küstenzone dank der Wasserversorgung durch die Gletscher aus den Anden. Diese sind in den letzten 40 Jahren zwischen einem Viertel bis einem Drittel ihres Volumens geschmolzen; die Abschmelzrate wird sich in den kommenden Jahren wesentlich erhöhen. Peru selber trägt zwar verhältnismässig wenig zu den globalen Treibhausgasemissionen bei, aber die in den letzten zehn Jahren starke wirtschaftliche Entwicklung hat insbesondere zur Folge, dass natürliche Ressourcen sowohl sozial als auch umweltmässig sehr rücksichtslos ausgebeutet werden. Dies schafft einen grossen Druck beispielsweise auf das mit seinen Wäldern für den globalen Klimahaushalt wichtige Amazonasgebiet. Ausserdem reißen sich die wachsenden Mittel- und oberen Schichten in die klimafeindliche Konsumspirale des neoliberalen Wirtschaftsmodells ein, ohne zugleich eine entsprechend höhere Sensibilität für Umweltschutz zu entwickeln.

### *Peru auf dem Präsentierteller*

Die internationale Klimakonferenz in Lima kann Anlass sein, das Thema des Klimawandels und seiner massiven Auswirkungen einem breiten Publikum ins Bewusstsein zu rücken, mögliche Verhaltensänderungen und Lösungen bekannt zu machen und Debatten anzustossen. Auch will das Umweltministerium die Chancen der internationalen Konferenz wahrnehmen, um Peru als wichtigen Player im Klimamosaik zu präsentieren. Dass allerdings die Präsentationen des

Ministeriums über die Klimakonferenz 2014 eher touristischen Promotionskampagnen gleichen und mit Peru als El Dorado für “grüne” Investitionen werben, wird von vielen Organisationen der Zivilgesellschaft sehr kritisch aufgenommen. Die Bürgerbewegung gegen den Klimawandel MOCICC (Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climático) hegt grosse Bedenken gegenüber jenen Lösungsvorschlägen zur Treibhausgasreduktion, die die Kontrolle über natürliche Ressourcen in der Hand von Grosskonzernen konzentrieren oder lediglich zum “Greenwashing” dienen: dabei geraten benachteiligte Bevölkerungsschichten wie beispielsweise indigene Völker in neue Abhängigkeiten oder es werden Marktmechanismen geschaffen, die wenig transparent oder schwer kontrollierbar sind wie Emissionsmärkte.

### *Wenig Fortschritte in Warschau*

Die 19. UN-Klimakonferenz fand in Polen statt, die 21. wird in Paris stattfinden. Damit erhält die diesjährige Konferenz hier in Lima eine wichtige Repräsentations-Rolle für die Länder der südlichen Hemisphäre, nämlich auf die rasch notwendigen Massnahmen gegen den Klimawandel zu drängen. Im November 2013 in Warschau war die Zivilgesellschaft in der polnischen Öffentlichkeit kaum sichtbar. Einige Aktionen von verschiedenen Netzwerken und bekannten NGOs, wie beispielsweise das vorzeitige Verlassen der Konferenz, waren wichtige Signale an die verschiedenen Staaten, hatten aber zu wenig Gewicht.

Lima wird hier eine Schlüsselrolle einnehmen, denn Lateinamerika weist eine lange und erfolgreiche Tradition bei der Mobilisierung von Basisbewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft auf. Dieses Potential gilt es zu nutzen, um bereits im Vorfeld der COP 20 einen enormen Druck auf die Verhandlungsdelegationen aufzubauen, damit hier in Lima eine gute Basis geschaffen wird, welche in Paris anschliessend zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden kann.

### *Die Zivilgesellschaft organisiert sich*

MOCICC, die peruanische Bürgerbewegung gegen den Klimawandel, hat nach Bekanntwerden von Lima als Tagungsort für die Klimakonferenz die Gruppe Peru COP 20 ins Leben gerufen. Derzeit arbeiten in der Gruppe an die 50 Organisationen der Zivilgesellschaft – Gewerkschaften, Jugend- und Frauengruppen, Basisbewegungen und Repräsentationsorganisationen von indigenen Völkern – zusammen. Der Zugang zu den offiziellen Verhandlungen ist jeweils sehr beschränkt und Organisationen der Zivilgesellschaft sind lediglich als Beobachter dabei. Die Gruppe Peru COP 20 beabsichtigt, einen parallelen Sozialgipfel zu organisieren und mit verschiedenen Medien- und sozialen Aktionen sowohl die peruanische Bevölkerung als auch die internationale Gemeinschaft dahingehend zu mobilisieren, dass echte und rasche Lösungen erreicht werden, und der Einfluss von Lobbyisten der mächtigen Wirtschaftskonglomerate, insbesondere aus dem Bereich der fossilen Energien, eingeschränkt wird. In Kontakt mit internationalen Netzwerken und Bündnispartnern versuchen wir nun, dem Sozialgipfel ein Gesicht zu geben und im Dezember die Klimasünder und -faulenzler – wie beispielsweise die USA, China, oder Russland aber auch internationale Grosskonzerne – herauszufordern.

*Fabian Simeon (MOCICC, Lima)*

Mehr Information zu MOCICC:

Internet: [www.mocicc.org](http://www.mocicc.org)

Facebook: Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climático – MOCICC

Twitter: @mocicc

Mehr Information zur Gruppe Peru COP 20

Internet: [www.grupoperucop20.org.pe](http://www.grupoperucop20.org.pe)

Facebook: Grupo Perú COP 20

### **3. Gletscherschmelze in der Cordillera Blanca gefährdet Wasserversorgung**

*Die „Cordillera Blanca“, die weisse Kordillere am Rande des Städtchens Huaraz, wird bald nicht mehr weiss sein: die schneebedeckten Gletscher in einem der beliebtesten Tourismusgebiete Perus verlieren rasant an Gletscherfläche. Das Abschmelzen der Gletscher ist die bereits jetzt sehr sichtbare Folge der weltweiten Erderwärmung. Sehr viel schwieriger zu sagen ist, welche Auswirkungen die Gletscherschmelze auf die dort lebenden Menschen haben wird. Fabian Drenkhan von der geowissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität in Lima informiert im Nachfolgenden sachkundig, wie sich das Schmelzen der Gletscher auf den Wasserhaushalt in der Cordillera Blanca auswirken kann (HW)*

Während der jüngst publizierte AR5-Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel (IPCC) viele der bereits vorher getroffenen Aussagen und Tendenzen zur Erderwärmung und zum Meeresspiegelanstieg bestätigt, sogar intensiviert sieht, beginnen in Lima, Peru, die Vorbereitungen auf die UN-Klimakonferenz COP20. Nachdem die letzte COP im November 2013 in Warschau ohne nennenswerte Ergebnisse und zum ersten Mal mit vorzeitigem Verlassen der großen Umweltverbände zu Ende gegangen ist, [1] liegen hohe Erwartungen auf dem nächsten Treffen vom 01.-12.12.2014. Unter anderem soll es die Vorbereitungen für das Post-Kyoto-Protokoll während der COP21 2015 in Paris zementieren.

Peru, das bisher als aufstrebendes Schwellenland die meisten Treibhausgase durch Entwaldungs- statt Industrieprozesse freisetzt, hat ein großes Interesse, als Gastgeber bei den nächsten Klimaverhandlungen aktiv beteiligt zu sein. Dies begründet sich nicht nur mit einer möglichen Profilierung in internationalen Diplomatie-Verhandlungen. Seit Jahren beobachtet und spürt die Bevölkerung konkrete Auswirkungen der sich ändernden klimatischen Bedingungen.

Zwischen 1939 und 2006 haben sich die tropischen Anden durchschnittlich um nahezu 0,7°C, also um rund 0,1°C pro Dekade, erwärmt. [2] Diese Entwicklung hinterlässt ihre Spuren. Die in den Zentralanden agierende und der Staatlichen Wasserbehörde (ANA) unterstellte Glaziologie-Behörde (UGRH) mit Sitz in Huaraz, Peru, hat für die 19 Kordilleren Perus einen Gletscherflächenschwund von durchschnittlich 39% zwischen 1970 und 2010 gemessen. [3] Huaraz ist die Hauptstadt der Region Ancash im Zentrum Perus und grenzt an die Weiße Kordillere (Cordillera Blanca), die das größte tropische Gletschervorkommen weltweit beherbergt. Zwischen 1970 und 2003 ist diese von ursprünglich 723 km<sup>2</sup> auf nur noch 528 km<sup>2</sup> Gletscherfläche zusammengeschrumpft [4] – was ernsthafte Auswirkungen für die dort und sogar an der Pazifikküste lebenden Menschen beinhaltet.

*Ungleich verteilte Wasserressourcen*

Die Wasserressourcen Perus sind auf natürliche Weise nur sehr ungleich verteilt: Während ein kleiner Teil der Bevölkerung das in Richtung des Amazonas und Atlantiks in Masse fließende Wasser nutzen kann, verfügen 65% der Bevölkerung an der trockenen pazifischen Küstenwüste nur über rund 1,8% des gesamten nationalen Wasservorkommens.[\[5\]](#)

Neben einem kulturellen Wert für die von der Quechua-Kultur abstammende Bevölkerung haben die Gletscher in Peru und der Cordillera Blanca durch die Geschichte hindurch immer auch einen direkten Bezug zum Lebensunterhalt einerseits und Gefahrenpotenzial für Naturkatastrophen[\[6\]](#) andererseits dargestellt.[\[7\]](#)

Mittels eines das ganze Jahr über relativ konstanten Wasserabflusses stellen die Gletscher und ihnen vorgeschaltete hochandine Seen eine Ausgleichsfunktion in der für die äußeren Tropen und den größten Teil des Landes typischen Trockenzeit zwischen Mai und September dar. Ein Abschmelzen bedeutet zugleich eine Reduktion der notwendigen gespeicherten Wasserreservoirs. Davon sind wiederum die mit 59% am Gesamtstrommarkt Perus beteiligte Wasserkraft und die zunehmend bewässerungsintensive Export-Landwirtschaft abhängig. Die Bevölkerung und ihr (Wasser)Konsum wachsen zunehmend in Ancash, aufgrund des veränderten Lebensstils.

#### *Wasserkraftwerke und Bewässerungsprojekte gefährdet*

Der zwischen der Cordillera Blanca und Negra fließende Santa-Fluss ist Hauptakteur in dem beschriebenen Mosaik aus Wasserabgabe und -entnahme. Die größte Wasserkraftanlage in Ancash, die am mittleren Santa-Einzugsgebiet installierte Station Cañon del Pato, leistet 5% der gesamten Stromproduktion Perus. In einer 2007 veröffentlichten Studie der Weltbank kommen Walter Vergara und Kollegen zu dem Ergebnis, dass eine Reduktion des Gletschervolumens um 50% (100%) im für diese Anlage entsprechenden Teil des Santa-Einzugsgebiets zu Mehrkosten von bis zu 71,5 (144) Mio. USD als Folge einer erzwungenen Energierationierung aufgrund ungenügender Stromausbeute führen könnte.[\[8\]](#)

Für die Wirtschaft Perus wegweisende Landwirtschafts-Vorhaben liegen an der in den Pazifik mündenden Santa zwischen den Städten Chimbote und Trujillo: das ChaViMoChic und Chincas-Projekt.[\[9\]](#) Ersteres umfasst alleine rund 74000 ha Landwirtschaftsfläche und bietet in der generell strukturschwachen Region 60000 Jobs.[\[10\]](#)

#### *Peak Water bereits erreicht*

In der allgemeinen Fachliteratur wird immer noch die These vertreten, dass das Abschmelzen der Gletscher in den nächsten Jahren zu einem Mehrangebot an Wasserabfluss und schließlich sukzessiven Rückgang hin zu einem langfristigen Abflussminimum führen wird.[\[11\]](#) In einer kürzlich veröffentlichten Studie der McGill-Universität, Kanada, kommen Michel Baraer und Kollegen zu dem Schluss, dass der kritische Punkt, von wo ab das Wasserangebot langfristig deutlich weniger als in der Vergangenheit vorhanden ist, bereits überschritten sei.[\[12\]](#) Dies stellt in der Fachwelt eine absolute Neuerung dar und sollte umso mehr dazu anregen, die komplexen Beziehungen aus Wasserangebot und -nachfrage tiefergehender zu erforschen und neu zu überdenken.

Gletscher sind nur schwerfällig in ihrer Reaktionszeit: bereits vor vielen Jahren ausgestoßene Treibhausgase werden erst jetzt durch den aktuell beschleunigten Eisschwund widerspiegelt. In Ancash und anderen Regionen Perus werden daher die Auswirkungen des Klimawandels auch bei sofortiger Abschwächung der Erderwärmung noch viele Jahre zu spüren sein. Es ist deshalb unvermeidbar, die gigantischen Wasserkraft- und Landwirtschaftsprojekte in der Region zu überdenken und unter aktuellen Anpassungsgesichtspunkten neu auszurichten.

Auch wenn die Erwartungen nicht allzu hoch sind, sollte die COP20 im Dezember in Lima als Plattform dafür dienen, die wirklichen Sorgen und bereits veränderten Konditionen der vor allem marginalisierten Landbevölkerung fernab der Diplomatie in der Hauptstadt zu hören und die Konferenz mit Inhalten und Lösungsansätzen zu füllen.

*Fabian Drenkhan (Lima, Peru)*

*e-mail: [fdrenkhan@pucp.pe](mailto:fdrenkhan@pucp.pe)*

---

[1] <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/ngos-verlassen-uno-klimakonferenz-warschau-cop19-a-934883.html>

[2] Vuille, M., Kaser, G. & I. Juen (2008): Glacier mass balance variability in the Cordillera Blanca, Peru and its relationship with climate and the large-scale circulation. *Global and Planetary change* 62 (1-2), Elsevier.

[3] <http://aplicaciones.ana.gob.pe/GlaciaresInteractivos/info/Informacion.pdf>

[4] ebda.

[5] MINAM (2010): El Perú y el Cambio Climático. Segunda Comunicación Nacional del Perú a la Convención Marco de las Naciones Unidas sobre Cambio Climático 2010. – Peruanisches Umweltministerium, Fondo Editorial MINAM, Lima.

[6] Vgl. Arbeiten des Proyecto “Glaciares 513”  
<http://proyectoglaciares.wix.com/boletinproyectoglaciares07>

[7] Vgl. Mark Carey (2010): *In the Shadow of Melting Glaciers: Climate Change and Andean Society*. 288 S., Oxford University Press.

[8] Vergara, W., Deeb, A. M., Valencia, A. M., Bradley, R. S., Francou, B., Zarzar, A., Grünwaldt, A. & S. M. Haeussling (2007): Economic Impacts of Rapid Glacier Retreat in the Andes. *EOS Transactions, American Geophysical Union, Wiley*.

[9] Offizielle Webseiten: <http://www.chavimochic.gob.pe/> und <http://www.pechinecas.gob.pe/website/>

[10] Mark Carey, Mündl. Mitteilung 2014

[11] Vgl. Chevallier, P., Pouyaud, B., Suarez, W. & T. Condom (2011): Climate change threats to environment in the tropical Andes: glaciers and water resources. – *Regional Environmental Change*, 11, Springer.

[12] Baraer, M., McKenzie, J. M., Mark, B. G., Bury, J. & S. Knox (2009): Characterizing contributions of glacier melt and groundwater during the dry season in a poorly gauged catchment of the Cordillera Blanca (Peru). – *Advances in Geosciences*, 22, Copernicus Publications.

## 4. Zwangssterilisierungen harren der Aufarbeitung

In den Jahren 1996 bis 2000 wurden mehr als 300 000 meist indigene und ländliche Frauen in Peru unter zum Teil unmenschlichen Bedingungen durch operativen Eingriff sterilisiert. Dies geschah im Rahmen des von der Fujimori-Regierung entwickelten Programms der „Anticoncepción Quirúgica Voluntária –AQV“, welches zum Ziel hatte, die Bevölkerungsentwicklung zu planen und vor allem in armen Familien Geburten verhindern. Frauen wurden kaum oder falsch informiert über die medizinischen Folgen des Eingriffs, zum Teil wurden ihnen finanzielle Versprechungen gemacht, oft wurde mit erpresserischen Methoden ihre Einwilligung erzwungen. Auch Männer wurden zwangssterilisiert. Das medizinische Personal war unter Druck gesetzt worden, um eine vorgegebene Anzahl an Sterilisationen durchzuführen. – Viele Frauen sind noch immer schwer traumatisiert und fühlen sich gedemütigt. Mindestens 18 Frauen starben durch den Eingriff. Aber die genaue Anzahl der Todesopfer der Aktion wurde bisher nicht erhoben, noch gibt es eine rechtliche Aufarbeitung, auch keine Wiedergutmachung.

Nun hat am 22. Januar d.J. die peruanische Bundesstaatsanwaltschaft beschlossen, einzig den Fall von María Mamérita Mestanza juristisch zu verfolgen. Diese Frau war eine Kleinbäuerin aus der Region Cajamarca, welche nachgewiesenermaßen an den Folgen ihrer operativen Zwangssterilisierung im Jahr 1998 ihr Leben verlor. Dabei soll aber einzig das involvierte medizinische Personal angeklagt werden. Diejenigen, die damals das menschenverachtende AQV-Programm entwickelt und politisch zu verantworten haben, werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

In ihrem Abschlussbericht 2003 hatte die CVR (Wahrheitskommission) deutlich darauf hingewiesen, dass der verletzlichste Teil der Bevölkerung am stärksten zu Opfern der Menschenrechtsverletzungen während der Fujimori-Zeit geworden ist, also arme und indigene Frauen, und deshalb besonders die an diesem Bevölkerungsteil begangenen Verbrechen juristisch aufgearbeitet werden sollten.

In einer Verlautbarung weist die Organisation Amnesty International darauf hin, dass im Jahr 2004 eine staatsanwaltliche Untersuchung über die Folgen des Programms initiiert wurde, welche allerdings 2009 eingestellt wurde. Opfergruppen haben mehrfach ihre Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass die Untätigkeit der Justiz auch nach der Wiederaufnahme 2011 dazu führen würden, dass die Verantwortlichkeiten unaufgeklärt und verschleiert blieben.

Menschenrechtsgruppen in Peru wie die CNDDHH (Nationale Menschenrechtskoordinationsstelle) verurteilen die Einstellung der juristischen Aufarbeitung des Programms der Zwangssterilisierungen nun scharf. Es sei dringend notwendig, dass die zuständigen Behörden und Politiker diese Entscheidung revidierten und das Land seine internationalen Verpflichtungen zur Garantie sexueller und reproduktiver Rechte nachkomme. Die Opfer und ihre Familien müssten entschädigt werden, und der Staat sowie die ganze Gesellschaft müsse klar zeigen, dass Diskriminierungen gegenüber indigenen und bäuerlichen Frauen nicht toleriert werden.

<http://www.amnesty.org/es/library/asset/AMR46/002/2014/es/9948311b-aba1-4958-bfae-32bceb67be26/amr460022014es.html>

*Mechthild Ebeling*

## 5. Nicht mehr Meer, sondern mehr Solidarität! – Zum Schiedsspruch aus Den Haag

130 Jahre hat es gedauert, bis Ende Januar diesen Jahres die Peruaner und Chilenen ihren Grenzstreit beilegen konnten. Die Richter des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag entschieden am 27. Januar 2014 über eine zwischen Chile und Peru strittige Meeresgrenze. Peru hatte 6 Jahre zuvor eine Grenzziehung nach internationalem Recht beantragt, während Chile sich auf frühere Fischereiabkommen zwischen Chile und Peru berief. Das Urteil aus Den Haag war ein salomonisches: die Peruaner bekamen die Hoheit über 50 000 Seemeilen weit draussen im Pazifik neu zugesprochen; den Chilenen durften die fischreichen Meeresgründe nahe der Küste behalten. Sowohl der peruanische Präsident Ollanta Humala als auch der chilenische Präsident Piñera nahmen das Urteil an und versprachen damit ein Ende der seit 1883 andauernden Animositäten zwischen den beiden Ländern.

Jedes Land hat ein verbindendes Ereignis in der Vergangenheit, das Identität nach innen stiftet und das für Aussenstehende nie zur Gänze nachvollziehbar ist. Vor allem dann nicht, wenn es sich um ein traumatisches Erlebnis handelt. Für Peruanerinnen und Peruaner gibt es zwei identitätsstiftende traumatische Erlebnisse: die Conquista durch die Spanier ist ein Urtrauma, das vor allem die indigene Bevölkerung bis heute prägt. Das traumatische Ereignis für die mestizischen Küstenbewohner geschah fast 300 Jahre später: im sogenannten Salpeterkrieg belagerten die Chilenen 1979 – 1883 zwei Jahre lang Lima und eroberten einen grossen Teil des damals peruanischen und bolivianischen Gebietes. Am 8. Oktober 1879 unterlagen die Peruaner den Chilenen in der Seeschlacht von Angamos.

Von diesem Trauma für die Peruaner – bzw. Triumph für die Chilenen – hat sich das peruanisch-chilenische Verhältnis bis heute nicht gelöst. Die noch offene Meeresgrenze war eine letzte offene Wunde dieses alten Zwists.

Der Schiedsspruch aus Den Haag bildet die Grundlage für eine Normalisierung des politischen Verhältnisses zwischen den Völkern, so wie sie sich in der wirtschaftlichen Integration seit langem zeigt: Chile und Peru haben grosse Investitionen in jeweiliges Nachbarland; beide sind Teil der Pazifik-Allianz, die als wirtschaftsliberales Gegenmodell zum Mercosur in Südamerika gegründet wurde. Bereits wenige Tage nach dem Schiedsspruch kündete der peruanische Energieminister an, dass Peru nun auch Energie nach Chile – und nicht nur nach Brasilien – verkaufen könne.

Genau hier ist der Punkt, in dem internationale Solidaritätsarbeit auch mit solch national besetzten Themen zu tun hat: immer wieder aufmerksam zu machen darauf, wer von der neuen peruanisch-chilenischen Freundschaft profitiert, und wer vom Profit und den Entscheidungen ausgeschlossen werden soll. Und wer und was sich hinter dem Deckmantel der nationalistischen Attitüde, die – ebenso wie ein Fussballspiel – die Emotionen anspricht und den Verstand vernebelt, in Wirklichkeit tut.

Die peruanische Historikerin Cecilia Méndez hat dies so ausgedrückt:

“ Ich möchte nicht noch mehr Meer, wenn die Peruaner, die es von den Chilenen fordern, dieses Meer nachher nicht mit anderen teilen; wenn sie das Meer, das wir bereits haben, mit Zäunen und Seilen abtrennen, damit die Armen und die Farbigen nicht reinkommen; wenn sie das Meer hemmungslos plündern, jedesmal wenn der Preis für Sardellen in die Höhe geht. Der falsche Patriotismus steht mir bis zum Hals, der Patriotismus, der nur scheinheilige Hülsen liefert, während er die grossen Drogenhändler aus den Gefängnissen entlässt und seine Bewohner weiterhin in Bürger erster und zweiter Klasse einteilt. Das Meer ist für den, der es zu bewahren weiss, und wenn es ein anderes Land als Peru besser schützt, dann ist das auch gut.

Nein, ich werde mir am 27. Januar (dem Tag der Urteilsverkündung aus Den Haag, d.R.) keinen Saft umlegen. Ich werde nicht beim Balkon-Nationalismus mitmachen. Die Heimat wird nicht durch ein paar Kilometer Meer oder Land mehr oder weniger grösser, sondern dann, wenn sie die Ressourcen, die sie bereits hat, schützt. Angefangen bei ihren Menschen.”

*Hildegard Willer*

## **6. Wie weiter nach der Ratifizierung des Freihandelsabkommens ?**

NGOs fordern Einhaltung von Menschen-, Arbeits- und indigenen Rechten und Schutz der Umwelt

Das Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien

(siehe <http://www.infostelle-peru.de/web/rueckblick-auf-die-kampagne-gegen-den-freihandelsvertrag-eu-peru/>)

ist zwar noch nicht in allen Ländern der EU ratifiziert; es ist aber bisher weder im Europa- noch in den bisher damit befassten nationalen Parlamenten gelungen, die Ratifizierung zu verhindern.

Im Abkommen selbst ist zwar von Menschen-, Arbeits- und indigenen Rechten und dem Schutz der Umwelt an verschiedenen Stellen die Rede, es fehlt aber die Verbindlichkeit: bei Nichteinhaltung sind keine Sanktionen vorgesehen. In einer von verschiedenen Europa-Parlamentariern geforderten „Roadmap“ haben Peru und Kolumbien Verbesserungen bei der Umsetzung der Menschenrechte versprochen – die Nichtbefolgung dieser Versprechen hätte aber keine Auswirkungen auf die Rechte und Regeln des Freihandelsabkommens. Die „Roadmap“ steht mit dem Abkommen nicht in Verbindung.

Nun haben die in der „Plataforma Europa-Peru“ zusammengeschlossenen europäischen Netzwerke und Organisationen, das peruanische Netzwerk Red Globalización con Equidad und CIDSE, ein internationales Netzwerk katholischer Hilfsorganisationen, die „Monitoring-Gruppe der Geschäftsbeziehungen der EU mit der Anden-Gemeinschaft“ des Handelsausschusses INTA des Europaparlaments aufgefordert, Perus Regierung zu verpflichten, die genannten Rechte einzuhalten.

Hier kann man die Erklärung im spanischen Wortlaut herunterladen: [Informe – TLC UE-Peru 01.2014](#)

*Jimi Merk*

## **7. Wenn Bergbauunternehmen eine Pseudo-Konsultation abhalten**

...dann hat das überhaupt nichts mit der in Peru vorgeschriebenen Vorab-Konsultation gemäß den Vorschriften der ILO-Konvention 169 (consulta previa) zu tun.

Marco Huaco Palomino ist als Jurist spezialisiert auf die Rechte indigener Gemeinschaften und Völker. Er kritisiert in seinem Blog das Vorgehen um die Mine Angostura (Aguila American Resources S.A.) im Distrikt Curpahuasi im Anden-Departement Apurimac.

Das Beispiel ist wichtig für eine solidarische und nachhaltige Unterstützung der Entwicklung von de Dorfgemeinschaften, in deren Gebiet Bergbaufirmen tätig werden.

Huaco Palomino zufolge erteilte bereits **vor** dem Konsultationsprozess das Ministerium für Energie und Bergbau dem Unternehmen eine Abbaugenehmigung. Öffentlich hatte es aber angekündigt, hier würde das erste Verfahren einer Vorab-Konsultation mit der betroffenen Bevölkerung gemäß dem neuen Gesetz der Consulta Previa, im Zeitraum von Dezember 2012 bis Februar 2014 durchgeführt. Später wurde durch eine Anfrage im Parlament – eher nebenbei – erklärt, das würde jetzt doch nicht stattfinden, weil das betroffene Dorf Nueva Esperanza de Mollepina diese Vorab-Konsultation gar nicht wolle, weil es von diesem Bergbauprojekt mehr Entwicklung erwarten würde, als wenn die Ressourcen nicht zum Abbau freigegeben würden.

Zum Beweis legte am 23.4.13 legte deren Dorfchef eine im feinsten Juristenspanisch ausgefertigte Erklärung vor, die besagte, dass die Betroffenen sich zum Einen gar nicht als indigene Dorfgemeinschaft verstehen und demnach das Gesetz der Vorab-Konsultation nicht für sie zutreffen würde, und dass sie unbedingt für die Mine seien und keinerlei Probleme für sich und ihr Land sähen, wenn diese in Betrieb ginge.

Rechtsanwalt Huaco Palomino fordert nun, dass auf alle Fälle zunächst untersucht werden muss, wie diese Erklärung zustande gekommen ist. Ein großes Problem ist das neue „Gesetz über Landfragen“, wodurch der Staat Konzessionen an Unternehmen vergibt. Die Menschen in abgelegenen, wenig informierten Andensiedlungen erfahren das Ergebnis meist erst dann, wenn der neue Besitzer zu ihnen kommt, und ihnen das Vorhaben aus seiner Sicht einseitig vorstellt. Als Aktion des „Guten Willens“ bietet er etwas Geld oder kleine Hilfsangebote für die Schule an. Wenn die Unternehmen nun dieses Land erwerben, ist es schon nicht mehr im Besitz der Dorfgemeinschaft, und so kann der Prozess der Vorab-Konsultation natürlich auch vergessen werden.

Notwendig ist nun, dass die Dorfgemeinschaften, deren Land VOR der Vorab-Konsultation auf diese Weise praktisch vom Ministerium enteignet wird, entsprechende Beratung, auch durch hiesige Organisationen, welche soziale oder landwirtschaftliche Projekte unterstützen, bekommen, um so nicht elendiglich betrogen zu werden.

Außerdem muss klar gemacht werden, dass indigene Völker oder Dorfgemeinschaften nicht wie einfache juristische Personen zu behandeln sind, sondern, dass ihr öffentlich gesicherter Rechtsstatus gewährt bleiben muss. Sie müssen in all diesen Vorhaben als Subjekte und nicht als Objekte behandelt werden.

Hier sollten die großen Hilfswerke wie Misereor, Brot für die Welt, Welthungerhilfe oder auch die GIZ, aktiv werden und gute Beratung mit interkulturellem Ansatz anbieten.

*(Quelle: Blog personal de Marco Huaco P., <http://marcohuaco.blogspot.de/2013/11/caso-del-proyecto-minero-angostura-un.html> , deutsche Zusammenfassung: Heinz Schulze)*

## **8. Neues Gesetz 30151:Die Rolle der Sicherheitskräfte**

Die Defensoria del Pueblo (Ombudsstelle ) sowie die CNDDHH (Verband der Menschenrechtsgruppen) sind sich einig: Das neue peruanische Gesetz 30151 ist unnötig, ineffizient und schadet dem Ruf der staatlichen Sicherheitskräfte.

Kurz zusammengefasst besagt diese neue Norm im Strafgesetzbuch, dass Polizisten und Militärangehörige, wenn sie in Ausübung ihres Sicherheits- oder Verteidigungsauftrages durch Einsatz von Waffen oder durch andere Mittel den Tod oder Verletzungen von Menschen verursachen, dafür nicht strafrechtlich belangt werden.

Selbst der Innenminister Walter Albán wird in der Tageszeitung El Comercio zitiert mit der Einschätzung, dass dieses neue Gesetz bei der Bevölkerung den Eindruck erwecken könnte, dass dadurch eine gefährliche "Straffreiheit" Einzug halten würde.

Die CNDDHH, welche durchaus das Bemühen der Regierung um Bekämpfung von Gewalttaten und Kriminalität anerkennt, stellt heraus, dass in dem Gesetz internationale Standards übergangen werden. Die UNO betont nämlich, dass der Einsatz von Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte in extrem engen Grenzen und mit klaren Regeln stattfinden soll, und dass Leben und Unversehrtheit von Menschen immer Vorrang hat. - Von den peruanischen Menschenrechtsgruppen wird nun befürchtet, dass dadurch keineswegs die Kriminalität bekämpft würde, sondern vielmehr die sozialen Konflikte und die Menschenrechtsverletzungen im Kontext der Durchsetzung von Großprojekten und der Extraktivismusindustrie zu noch mehr Gewalt führen könnten. Zur Erinnerung: Während Humalas Regierungszeit sind bisher bereits 29 Opfer zu beklagen, Menschen, die im Rahmen von sozialen Protesten ihr Leben verloren haben. Der Fall aus dem Jahr 2009, der als *Baguazo* in die Geschichte einging, hinterließ 33 Todesopfer, zum Großteil aus der lokalen indigenen Bevölkerung, aber auch Polizisten. Nun gehen die Befürchtungen um, dass das neue Gesetz dazu führen könnte, dass anhängige Strafverfahren zum *Baguazo* eingestellt werden und Polizisten nicht zur Verantwortung gezogen werden.-

Die CNDDHH fordert nun die Bildung einer Kommission, in der auch Menschenrechtler und zivilgesellschaftliche Experten für öffentliche Sicherheit mitarbeiten. Diese Kommission soll ein neues und klares Regelwerk erarbeiten für die operative Arbeit der Polizei im öffentlichen Raum und auch bei Protesten und "Aufruhr". Die Flexibilisierung des Einsatzes von Schusswaffen soll zurückgenommen werden. Der Respekt vor den grundlegenden Bürgerrechten und vor allem vor dem Recht auf Unversehrtheit soll in den Mittelpunkt gestellt werden. Das beinhaltet aber auch, dass die Arbeit der staatlichen Sicherheitskräfte professionalisiert und permanent verbessert werden muss, dass ihre Ausrüstung dem Einsatz entsprechend differenziert sein muss, und dass auch ihre Gehälter der Verantwortung entsprechend angepasst werden.

Die öffentliche Ordnung ist ein wichtiges Gut, ihre Verteidigung darf aber nicht dazu führen, dass Menschen- und Bürgerrechte verletzt werden.-

*Mechthild Ebeling*

## **9. Bundestagspetition: Transparenz in der deutschen Entwicklungsfinanzierung!**

Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) ist Teil der KfW Bankengruppe und hat den Auftrag, den Aufbau der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern zu fördern, indem sie sich an Unternehmen beteiligt oder ihnen Darlehen gewährt. Die DEG handelt im Rahmen der entwicklungspolitischen Grundsätze und Maßnahmen der Bundesregierung, der Vorsitz im Aufsichtsrat wird durch das BMZ besetzt.

Aktuell ist es praktisch unmöglich, sich ein Bild der menschenrechtlichen Praxis der DEG in ihren Projekten zu machen, da keine systematische Information der Öffentlichkeit stattfindet. Dies führt immer wieder zu problematischen Investitionen.

Die Informationsstelle Peru e.V. hat deshalb gemeinsam mit 26 weiteren Organisationen folgende Petition beim Bundestag eingebracht:

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) auf ihrer Website Informationen über den geplanten und bereits getätigten Erwerb von Beteiligungen und die Gewährung von Darlehen an Unternehmen, die in Entwicklungsländern aktiv sind, veröffentlicht. Die zu veröffentlichenden Informationen orientieren sich am Menschenrechtsleitfaden des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).“

Bitte unterstützen Sie die Petition bis zum 10.02.2014 mit Ihrer Unterschrift auf der Petitionsseite des Bundestags:

<https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/ 2013/ 11/ 05/Petition 46803.html>

Alternativ können Sie auf folgender Liste Unterschriften sammeln und direkt an den Petitionsausschuss schicken: [DEG Petition Unterschriftenliste](#)

## **Hintergrund**

2011 beendete die DEG die Beziehung zu ihrem Geschäftspartner „Corporación Dinant“, nachdem unabhängige Berichte dessen Verwicklung in schwerwiegende Menschenrechtsverstöße in Honduras aufgezeigt hatten. Im Januar 2013 veröffentlichte die DEG eine Pressemitteilung, in der sie ihre Beteiligung an der „Paraguay Agricultural Corporation“ bekannt gab. Diese kontrolliert in Paraguay – dem Land in Lateinamerika mit der höchsten Landkonzentration und mit massiven Landkonflikten - bereits heute 135.000 Hektar Land. Die DEG hat nach eigenen Aussagen mit dem Unternehmen einen Umwelt- und Sozialplan ausgehandelt, der Aufschluss darüber geben könnte, wie menschenrechtliche Risiken bewertet werden. Dieser Plan ist jedoch im Rahmen des Investitionsvertrags als vertraulich eingestuft. Mit dieser Begründung weist die DEG selbst Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz zurück.

Höhere Transparenz in den Aktivitäten der DEG ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die menschenrechtliche Rechenschaftspflicht in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, wie dies im Menschenrechtskonzept des BMZ von 2011 festgelegt ist.

## **10. Berlin, 15. Februar: Wie bringen wir Peru ins Gespräch ?**

Medienpolitik in Peru – welches Peru- Bild kommt bei uns an – wie können wir die öffentlichen Informationen über Peru mitgestalten ? Die Informationsstelle Peru lädt zum Tagesseminar nach Berlin.

Das Tagesseminar richtet sich an Peru-Interessierte und Engagierte, MedienmacherInnen, ÖffentlichkeitsarbeiterInnen bei Vereinen, Solidaritätsgruppen und weiteren Initiativen

Ort: Schulprogramm Berlin  
Trautenaustraße 5  
10717 Berlin

Anmeldung bis 11. Februar an: [berlin@infostelle-peru.de](mailto:berlin@infostelle-peru.de)

Der Flyer kann auch als pdf-Datei hier heruntergeladen werden [Seminarflyer inkl. EG-A4-Querformat](#)

## **11. Buchtipp: Privatisierung der Ressourcen im peruanischen Amazonien**

Juan Luis Camacho Cueva: Privatisierung der Ressourcen im peruanischen Amazonien  
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – Implikationen für die indigene Bevölkerung und das Ökosystem des Regenwaldes

Das Buch ist im Akademiker Verlag erschienen, kostet 55,90 Euro und ist im Buchhandel zu beziehen.

Das Cover mit Klappentext kann hier heruntergeladen werden [Camacho](#)

---

## **Veranstaltungen**

- Berlin

Samstag, 15. Februar 2014, 9.00 – 16.00

### **Wie bringen wir Peru ins Gespräch ?**

#### **Medienseminar zur Medienarbeit in und Öffentlichkeitsarbeit zu Peru**

Veranstalter: Infostelle Peru e.v.

Ort: Engagement Global, Trautenaustrasse 5, 10717 Berlin, zu erreichen mit der U Bahnlinie 9 bis Güntzelstrasse

Anmeldung bei: [berlin@infostelle-peru.de](mailto:berlin@infostelle-peru.de)

Der Flyer mit genauem Programm kann hier heruntergeladen werden [Seminarflyer inkl. EG-A4-Querformat](#)

- Berlin

Dienstag 18. Februar 2014 , 19 Uhr

### **Freihandel und Rohstoffabbau: der TLC aus peruanischer Sicht**

Diskussionsveranstaltung in spanischer Sprache mit Paul Maquet (RedGE, Lima, Peru)

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte , Greifswalder Str. 4 (im Vorderhaus)

- Freiburg

Dienstag, 25. Februar 2014, 20h

### **Peru-Stammtisch**

Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

Dienstag, 25. März 2014

### **Peru-Stammtisch**

Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

- Mainz

Sa., 03. Mai 2014, 16.15 – 17.45 Uhr

Ökumenische Versammlung im Umfeld von St. Bonifaz, (Nähe Hbf):

Thema des Tages „Postdemokratische Ressourcenkriege“:

Puente Andino Alemán – PANAL e.V./ Kampagne Bergbau Peru:

**”Unser täglich Gold – Ihr täglich Gift. Goldabbau und die Folgen in Peru”**

mit Filmbeitrag und Diskussion

Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim

Michael Mechlinski, Zornheim

- Köln

Freitag, 09. Mai, bis Sonntag, 11. Mai 2014

**“Landwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Gesellschaft: Perspektiven und Alternativen für Peru”**

Peru-Seminar der Informationsstelle Peru

Haus St. Georg, Rolandstr. 61, Köln-Südstadt

Information: [merk@infostelle-peru.de](mailto:merk@infostelle-peru.de)

- Regensburg (Katholikentag)

Samstag, 31. Mai 2013, 14-15.30h,

Universität Regensburg, Vielberth-Gebäude, 2. OG, H26, Universitätsstr. 31

**„Gold kann man nicht essen, giftig ist es trotzdem**

**Unser täglich Gold – und die Folgen für Menschen in Peru“**

Impuls: Dr. Hartmut Heidenreich, Theologe/ Pädagoge, Zornheim

Prof. Dr. Nilton Deza Arroyo, Biologe/ Umweltwissenschaftler, Cajamarca/Peru

Anwältin des Publikums: Heike Sprenger, Neustadt am Rübenberge

(Kampagne “Bergwerk Peru Reichtum geht – Armut bleibt”)

- Rheinfelden – Schloss Beuggen

Freitag, 11. Juli – Samstag, 12. Juli 2014

**” Unser Lebensstil – Ursache für Probleme in den Ländern des Südens: zum Beispiel Fleischkonsum”**

Seminar

Information: [merk@infostelle-peru.de](mailto:merk@infostelle-peru.de)

---

*Sie können den Newsletter bestellen über die Website der*

*Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)*

*Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an*

*[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)*

*Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des*

*Der Herausgeber ist für den Inhalt alleine verantwortlich.*

*Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.*

